

HALBZEIT. DIE CDU-FRAKTION ZIEHT BILANZ

Eine marode Infrastruktur, eine zerfaserte Bildungsreform und ein desaströser Haushalt – die bisherigen Entscheidungen der laufenden Legislaturperiode von SPD, Grünen und SSW erweisen sich als Politik ohne Weitblick und ohne Gestaltungswillen!



Wir ziehen für Schleswig-Holstein an einem Strang:
Reimer Böge, Johannes Callsen, Hans-Jörn Arp, Astrid Damerow, Klaus Schlie, Katja Rathje-Hoffmann, Peter Lehnert, Tobias Koch, Heike Franzen, Peter Sönnichsen, Hans Hinrich Neve, Dr. Axel Bernstein, Klaus Jensen, Petra Nicolaisen, Karsten Jasper, Daniel Günther, Rainer Wiegard, Hauke Götttsch, Barbara Ostmeier, Heiner Rickers, Volker Dornquast, Hartmut Hamerich, Jens-Christian Magnussen (von rechts nach links).

SCHLESWIG-HOLSTEIN WIRD DURCHGEREICHT: ES DROHT DIE ROTE LATERNE



Wirtschaftsfeindliche Gesetze, vernachlässigte Infrastruktur und desaströses Baustellenmanagement: In nicht einmal 30 Monaten macht die Albig-Landesregierung ein Jahrzehnt Aufbauarbeit zunichte.

In Schleswig-Holstein haben sich 2013 deutlich weniger Unternehmen angesiedelt als in den Jahren CDU-geführter Landesregierungen. Die Zahl der durch Neuansiedlungen geschaffenen Arbeitsplätze hat sich im Vorjahresvergleich fast halbiert. Das ist ein eindeutiges Signal für sinkendes Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Beim Wirtschaftswachstum insgesamt ist Schleswig-Holstein inzwischen auf

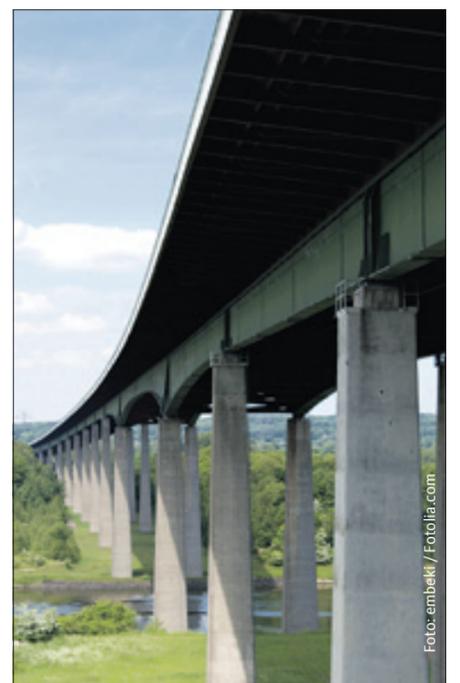
dem vorletzten Platz im westdeutschen Ländervergleich gelandet – es droht die rote Laterne. **Noch vor drei Jahren, unter der CDU/FDP-Landesregierung, war Schleswig-Holstein auf dem Weg zum ansiedlungsfreundlichsten Bundesland. Jetzt wandern Unternehmen ab.**

Jede Initiative der CDU-Landtagsfraktion für eine wachstumsorientierte Mittelstandspolitik stößt bei den Regierungsfractionen auf eine Mauer der Ablehnung. Die bewährte besondere Förderung von Unternehmen in strukturschwachen Gebieten wurde gegen den Willen der CDU über den rot/grün/blauen Koalitionsvertrag abgeschafft. Zusätzlich überziehen die Regierungsfractionen die Unternehmen durch das Vergabegesetz mit neuen bürokratischen Hürden. Mindestens ebenso abschreckend für die Unternehmer wird zunehmend die marode Infrastruktur. Brücken bröseln, die Straßen sind ein einziger Schlaglochteppich. Das Verkehrschaos ist nicht nur teuer und ärgerlich für jeden Schleswig-Holsteiner. Für die Wirtschaft entwickeln sich zudem die ständigen Staus und schlechten Rahmenbedingungen zum echten Standortnachteil. Mit Blick auf die lange gesperrte Rader Hochbrücke, das Verkehrsdesaster im Rendsburger Kanaltunnel, den Stillstand bei der Elbquerung und den stockenden Ausbau der

B5 fehlt vor allem das Licht am Ende des Tunnels. Mit der Brücke über den Fehmarnsund zeichnet sich das nächste Risiko mit internationalen Auswirkungen ab. Ein echtes Vorantreiben dieser für Schleswig-Holstein wichtigen Projekte ist nicht zu erkennen.

Schon jetzt ist klar, dass in der kompletten Zeit der Albig-Regierung nicht ein weiterer Kilometer der A 20 gebaut werden wird. Und aufgrund mangelnden Baustellenmanagements droht der Ausbau der A 7 das Stauchaos im Süden des Landes vor dem Elbtunnel noch einmal zu verschärfen. Auch mit den wichtigen Schienenprojekten S 4 und AKN (S 21) in der Metropolregion geht es nicht voran. Während der Ministerpräsident und sein Verkehrsminister fehlendes Geld aus Berlin beklagen, stellt der grüne Regierungspartner die meisten Verkehrsprojekte komplett in Frage oder kommt mit unrealistischen Vorschlägen.

Eines stimmt: Die CDU-geführte Bundesregierung muss diese Projekte bezahlen. Doch ohne Planfeststellungsbeschluss kann der Bau erst gar nicht beginnen. Und für diesen ist das Land zuständig. Genau dort hakt es: Keines der Projekte ist baureif. Anträge der CDU, die Planungskapazitäten zu erhöhen, lehnen die Regierungsfractionen ab. Dafür zeigt Albig ständig öffentlichkeitswirksam mit dem Finger Richtung Berlin, wenn er seine kreativen Vorschläge zur Finanzierung von Bundesstraßen macht. Er vergisst, dass der Rest der Hand auf eigenes Missmanagement und die eigenen Unzulänglichkeiten weist. Dass von der Landesregierung zur Finanzierung der maroden Landesstraßen nichts zu hören ist, passt da ins Bild. Denn auch dafür ist sie selbst verantwortlich. 36 Millionen Euro wären allein notwendig, um den aktuellen – schlechten – Zustand zu halten. Die Landesregierung stellt aber gerade mal 25 Millionen Euro für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung – und das bei fast



Brennpunkt Rader Hochbrücke

400 Millionen Euro Mehreinnahmen im Haushalt. Anträge der CDU, für diesen Zweck mehr Geld bereit zu stellen, wurden abgeschmettert. Das Chaos setzt sich beim Erhalt der kommunalen Straßen und bei der Sanierung der desolaten Sportanlagen und Bäder fort. Auch da wird weiter kaputt gespart. Denn SPD, Grüne und SSW verteilen die Mittel lieber auf ihren ideologischen Spielwiesen.

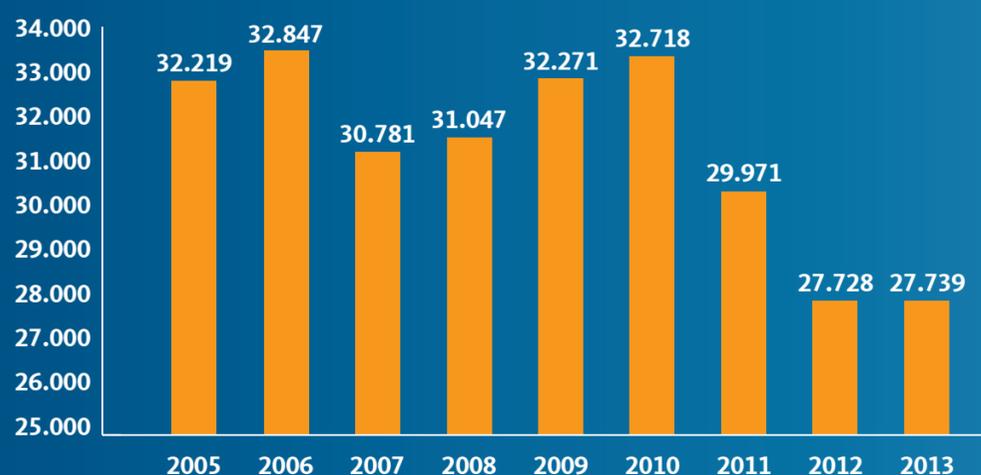
So, Herr Albig, behandelt man sein Lieblingsland nicht!



Hans-Jörn Arp, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Gewerbeansiedlungen in Schleswig-Holstein



SO BEHANDELT MAN SEIN LIEBLINGSLAND NICHT

REIMER BÖGE, LANDESVORSITZENDER DER CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Torsten Albig und sein Kabinett regieren mittelstandsfeindlich. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Die mittelständischen Betriebe sind die größten Arbeitgeber im Lande. Mit dem Tariftreuegesetz, dem Korruptionsregister und auch dem Denkmalschutzgesetz schafft die Landesregierung dagegen neue Bürokratiehürden und behindert die Arbeit der mittelständischen Betriebe hier bei uns in Schleswig-Holstein. Torsten Albig und sein Kabinett machen eine Bildungspolitik, die Schülern, Studierenden und Lehrern in diesem Land schadet. Das im Januar 2014 beschlossene Schulgesetz schwächt die Gymnasien, indem unnötige

Oberstufen an Gemeinschaftsschulen geschafft werden. Ex-Bildungsministerin Prof. Dr. Wende hat die Reform der Lehrerausbildung total verkorkst und schafft teure Doppelstrukturen an ihrer ehemaligen Universität in Flensburg. Die Liste der Fehlentscheidungen ist leider fast endlos: keine Noten an Grundschulen mehr, keine Schulartempfehlungen, keine Querversetzungen mehr, kein Sitzenbleiben...

Torsten Albig und sein Kabinett vernachlässigen die Infrastruktur in Schleswig-Holstein. Die Planungsabteilung ist so dünn besetzt, dass die Planungen für wichtige Vorhaben wie die A20 und der Ersatzbau der Rader Hochbrücke

nicht vorankommen. Für die Instandsetzung der Landesstraßen werden nicht genug Mittel bereitgestellt. Die Zusammenarbeit mit unseren dänischen und deutschen Nachbarn bei Infrastrukturvorhaben lässt zu wünschen übrig. Unsere CDU-Landtagsfraktion hat in den vergangenen Monaten immer wieder Gegenkonzepte vorgelegt, die den Herausforderungen in Schleswig-Holstein angemessene Antworten entgegen gestellt hätten. Doch die Küstenebelkoalition ist für Sachargumente nicht zugänglich und zieht ihre Klientelpolitik durch.

So nicht, liebe Landesregierung!



„Seit zweieinhalb Jahren wird Schleswig-Holstein von einer rot/grün/blauen Landesregierung mehr schlecht als recht regiert.“

Reimer Böge,
Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein

MEHR BÜROKRATIE: GEGÄNGELTES LAND – BLÜHENDE VORSCHRIFTEN

Die Regierung von Rot, Grün und Blau glaubt zu wissen, was gut für uns ist. „Ihr Land“ denkt für uns mit. Vielleicht auch, weil wir nicht so weit denken können wie Albig und Co. Oder nicht so genau wissen, was gut für uns ist.

Deshalb werden die Menschen im Land wieder mehr bevormundet. Der deutliche Ausbau der Verwaltung hat eindeutig mehr staatliche Kontrolle und die Überwachung neuer Vorschriften zum Ziel.

Ein paar Beispiele: Allein für die Ersterfassung von Denkmälern wurden sieben neue Mitarbeiter eingestellt. Sie sollen in den kommenden Monaten 16.000 Denkmale überprüfen. Mit den Eigentümern wird darüber gar nicht erst gesprochen. Die einzige Möglichkeit zu verhindern, dass das eigene Gebäude Denkmal wird, ist der Klageweg. Beim Gesetz zur Dauergrünlanderhaltung und bei der neuen Knickschutzverordnung stehen den Landwirten erhebliche Eingriffe in Eigentumsrechte bevor. Die Knickschutzverordnung schreibt Landwirten künftig einen „Mindestabstand“ beim Bewirtschaften ihrer Flächen vor. Diese verordnete „Schamgrenze“ muss kontrolliert und nachgemessen werden! Außerdem will die Regierungskoalition dem Land ein Vorkaufsrecht für Felder und Weiden einräumen.

Diese Regelung war von der CDU einst aus dem Landesnaturschutzgesetz gestrichen worden.



Heiner Rickers,
landwirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Nach dem durchgepeitschten Tariftreue- und Vergabegesetz gibt es seit 2013 öffentliche Aufträge nur noch, wenn Unternehmen einen Mindestlohn von 9,18 Euro schriftlich garantieren sowie



ökologische und soziale Standards einhalten. Hier ist Schleswig-Holstein Spitze. Eines der ärmsten Länder der Bundesrepublik leistet sich den höchsten Mindestlohn.

Damit findet der Bürokratieaufwand aber längst noch keine Grenzen.

Bietende Handwerksbetriebe müssen unter anderem auch für ihre Zulieferer – und deren Zulieferer in aller Welt – nachweisen, dass sie keine Materialien verarbeiten, die im Verdacht stehen, von Kindern produziert worden zu sein. Die Vorschrift gilt für alle Aufträge „ab dem ersten Euro“. So wird selbst die Reparatur eines tropfenden Wasserhahns bei Fehlern zu einer vergaberechtlichen Gratwanderung für alle Beteiligten. Wird ein Betrieb bei einer Kontrolle erwischt, der sich nicht an die Vorgaben des Gesetzes hält, kommt er auf die Rote Liste: Ihm droht ein Eintrag in ein Korruptionsregister, mit dem Unternehmen in rechtsstaatlich fragwürdiger Weise von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen werden können.

Auch soziale Dienstleistungen von Wohlfahrtsverbänden wie Diakonie oder Arbeiterwohlfahrt werden durch die Mindestlohnforderungen abgewürgt. Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein muss den Beschäftigten seiner Servicegesellschaft jährlich eine halbe Million Euro mehr zahlen. Die CDU-Fraktion hatte eine Anhörung aller Betroffenen beantragt. Nicht einmal dazu waren SPD, Grüne und SSW bereit.

Die Landesregierung erlässt immer mehr Gesetze, die gleichermaßen in den Kreisen, Kreisfreien Städten und Kommunen umgesetzt werden müssen. Gleichzeitig will sie über eine Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs den Kreisen Geld wegnehmen, um es in die großen Städte zu verschieben: Mehr als 40 Gemeinden und Ämtern im Land wurde vorgeschrieben, neue Stellen für hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu schaffen. Den Kreisen werden auch die Kosten für eine Initiative aufgebürdet, mit der die Willkommenskultur für Migranten gestärkt werden soll.

Dies ist begrüßenswert, aber meistens nicht allein ehrenamtlich umzusetzen. Durch steigende Gebühren und Abgaben bekommen das auch die Bürger zu spüren. Als es um die Abstimmung über all diese neuen Vorschriften für die Kommunen ging, behaupteten SPD, Grüne und SSW noch, sie würden das Land kein Geld kosten. Nun wird den Kommunen jedes Jahr ein zweistelliger Millionenbetrag überwiesen.

Bei der Energiewende schiebt der grüne Minister für Umwelt und Energie immer noch einen Genehmigungsstau für mehr als 370 Windkraftanlagen vor sich her – als die CDU-Fraktion zu Jahresbeginn öffentlich Druck machte, waren es sogar mehr als 450. Auch nach zwei Jahren Amtszeit hat Robert Habeck keine Fortschritte bei der Planung der zum Stromtransport erforderlichen Trassen gemacht. Frühestens 2022 soll eine neue Leitung über die Elbe stehen. Zwischenzeitlich steigt wegen der fehlenden Leitungen die Zahl der Zwangsabschaltungen von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein. Das schlägt mittlerweile mit 40 Millionen Euro pro Jahr zu Buche, die auf die Energieverbraucher umgelegt werden. Auch wirtschaftlich zu betreibende Speichermöglichkeiten sind auf längere Sicht nicht vorhanden. Und dem Symbol der Energiewende in Schleswig-Holstein hat Rot/Grün/Blau das Licht ausgeblasen: Die Husumer Windmesse mit fast 1000 Ausstellern hat die Landesregierung ohne echten Widerstand an Hamburg abgetreten.

So, Herr Albig, behandelt man sein Lieblingsland nicht!



Hartmut Hamerich,
wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

FINANZEN 2014: SCHULDENSUMPF STATT ZUKUNFT

Es ist einfach nicht zu glauben: Auch aus Jahrzehnten gescheiterter SPD-Finanzpolitik zieht die Landesregierung nicht die einfachsten Lehren. Trotz sprudelnder Steuerquellen und zusätzlicher Leistungen der Bundesregierung werden keine Altlasten getilgt. Ganz im Gegenteil: Finanzministerin Monika Heinold dreht erst einmal weiter an der Steuerschraube. Sie könnte aus dem Vollen schöpfen, kommt trotzdem mit dem Geld nicht aus. Konsequenz nach SPD-Muster: Die Grunderwerbsteuer wurde auf den bundesweit höchsten Satz katapultiert.

Und Heinold schafft mit denkwürdigen Tricks weitere Ausgabemöglichkeiten: Sie ändert die Berechnung der langfristigen Einnahmen des Landes. Das ermöglicht der Landesregierung, beim nächsten Einbruch der Einnahmen mehr Schulden zu machen, als es die Schuldenbremse erlauben würde. Die CDU-Fraktion hat sich mit einem Landtagsantrag gegen diese Aushöhlung der Schuldenbremse gestellt – SPD, Grüne und SSW lehnten die Initiative ab.

Unter der CDU-geführten Regierung konnten in der letzten Legislaturperiode durch konsequente Sparpolitik erstmals in der Geschichte des Landes

die Ausgaben gesenkt werden. Seit Amtsübernahme 2012 hat die Albig-Regierung aber längst wieder „aufgeholt“: Die Ausgaben wurden um eine Milliarde Euro gesteigert. Das macht täglich 2,7 Millionen Euro. Und dabei stiegen ausgerechnet die Ausgaben für die Verwaltung mit sieben Prozent am stärksten.

Dafür wurde für Investitionen, also für die Entwicklung der Zukunft, weniger ausgegeben: glatte 100 Millionen Euro. Die Investitionsquote des Landes ist deshalb auf dem niedrigsten Stand seit 1948. Das Land schwächelt und lebt immer mehr von der Substanz.

Beschlüsse heute – Rechnung morgen

Weitere Beispiele verfehlter Finanzpolitik: Der vernachlässigte Straßenbau wird unweigerlich dazu führen, dass die dicke Rechnung am Ende kommt. Bereits heute beträgt der Investitionsstau 900 Millionen Euro. Die Schuld dafür liegt zwar nicht allein bei der jetzigen Regierung. Aber sie stellt trotz der Rekorderlöse noch nicht einmal die Mittel bereit, um weitere Schäden zu verhindern. Gleiches gilt für die neue Lehrerausbildung: Sie wird ebenso zu Mehrkosten führen. Denn



einheitlich ausgebildete Lehrer haben selbstverständlich auch Anspruch auf einheitliche Bezahlung. Fachleute rechnen mit Mehrausgaben im zweistelligen Millionenbereich. Mahnungen der CDU-Fraktion, die Besoldungsfrage vor der Abstimmung zu klären, wurden abgelehnt. Doch nicht nur die Besoldung mindert den Bildungsetat. Die Reform verursacht durch den Aufbau teurer Doppelstrukturen an den Universitäten Kiel und Flensburg zusätzliche Kosten. Auch hier ist die Höhe unklar. Der Landesrechnungshof hat eindeutig gerügt, dass die vorgeschriebene Wirtschaftlichkeit der Reform nicht nachgewiesen wurde.

Das hinderte SPD, Grüne und SSW beileibe nicht daran, das Gesetz zu beschließen. Ohnehin mahnte der Rechnungshof zu mehr Transparenz. Viele Behauptungen der Landesregierung über eine wirtschaftliche Haushaltsführung konnten anhand der vorgelegten Dokumente nicht nachvollzogen werden. Damit drohen weitere Mehrkosten.

Die Summe dieser SPD-Finanzpolitik: Neuverschuldung trotz Rekorderlöse.

So, Herr Albig, behandelt man sein Lieblingsland nicht!



Tobias Koch,
finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

SO MUSS SCHLESWIG-HOLSTEIN REGIERT WERDEN

JOHANNES CALLSEN, VORSITZENDER DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

Die CDU-Fraktion hat in den vergangenen Jahren klare Alternativen zur Regierungspolitik aufgezeigt. Deutliche Schwerpunkte setzen wir auf Bildung und Infrastruktur. Hohe Steuereinnahmen und zusätzliches Geld vom Bund spülten in den vergangenen zweieinhalb Jahren mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich in die Landeskasse. Neben einem konsequenten Schuldenabbau haben wir gefordert, von diesem Geld vor allem mehr Lehrerstellen, zusätzliche Planer für Infrastrukturprojekte und die Sanierung von Landesstraßen zu bezahlen. SPD, Grüne und SSW haben dies abgelehnt.

Dass zusätzliche Ausgaben allein die Probleme Schleswig-Holsteins nicht lösen, beweist die Politik dieser Landesregierung. Beispiel Bildung: Die Gesetzgebung von SPD, Grünen und SSW mit dem langfristigen Ziel der Einheitsschule erfordert viel mehr Lehrerstellen als sie bewilligt haben: für mehr gemeinsamen Unterricht von Kindern völlig unterschiedlichen Leistungsstandes und neu gegründete Kleinst-Oberstufen. Die CDU wollte keine weitere Änderungen der Schulstrukturen. Unsere Anträge fordern stattdessen Lehrerstellen für mehr Unterricht. Wir

stehen weiter für ein gegliedertes Schulwesen mit leistungsorientierten Gymnasien, ein klares Bekenntnis zur Notengebung, die Ermöglichung von Klassenwiederholungen und Schulwechsellern, den Erziehungsauftrag der Lehrkräfte und nicht zuletzt das Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“. Statt – wie von der CDU gefordert – die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein zu stärken, haben SPD, Grüne und SSW vom Bund zur Verfügung gestellte Millionen nicht in die Wissenschaft investiert. Die von uns vorgenommene engere Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat die Albig-Regierung zurückgenommen. So wird jungen Menschen die Chance genommen, hier im Land Arbeit zu finden. Die von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Gesetze im Bereich der Wirtschaft kosten nicht nur Millionenbeträge – allein die Verwaltungskosten des Landes sind um mehr als 7 Prozent gestiegen – sie gängeln die Unternehmen. Die CDU-Fraktion fordert mehr Freiräume für unsere Wirtschaft und eine konsequente Mittelstandsförderung. Dringend notwendig ist auch eine Verbesserung der Infrastruktur – nur gute Straßen, Brücken und Breitbandverbindungen sorgen für Unternehmensansiedlungen. Die Energiewende

erfordert schnellere Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen und einen Netzausbau im Dialog mit den Menschen. SPD, Grüne und SSW haben andere Prioritäten gesetzt – von dem Ziel, ansiedlungsfreundlichstes Bundesland zu werden, redet die Regierung nicht mehr. SPD, Grünen und SSW ist es wichtiger, viele Lebensbereiche der Menschen stärker zu regulieren – am deutlichsten wird dies im Umwelt- und Denkmalschutz. Die CDU-Fraktion stemmt sich weiter gegen diese zunehmende Entmündigung der Bürger. Ebenso kämpfen wir gegen Stellenreduzierungen bei der Polizei sowie die völlig intransparente und ungerechte „Reform“ des Kommunalen Finanzausgleichs. Die CDU-Fraktion wird auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode im engen Schulterschluss mit dem Landesverband ihre besseren Ideen entwickeln und engagiert vertreten. Für uns ist Schleswig-Holstein unsere Heimat. Auch deswegen steht das Landeswappen weiterhin im Zentrum unseres Fraktionslogos – SPD, Grüne und SSW haben es auf dem Briefpapier der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung durch ein nichtssagendes „Echter-Norden-Logo“ ersetzt. Die Regierung von Ministerpräsident Albig ver-



Johannes Callsen,
Vorsitzender der CDU-Fraktion
und Oppositionsführer im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

spielt die in den derzeit hohen Einnahmen liegenden Chancen. Dringende Herausforderungen werden nicht angepackt, stattdessen werden teure rot/grün/blaue Lieblingsprojekte verwirklicht. Der Ministerpräsident ist seit Monaten nur mit selbst verursachten Krisen beschäftigt. Wenn schon in guten Zeiten Chaos herrscht, wie will diese Regierung dann in schlechteren Zeiten bestehen?

BILDUNG 2014: SCHULEN VERSINKEN IM CHAOS

Nach dem Inkrafttreten des rot/grün/blauen Schulgesetzes wird durch die Verordnungen und Erlasse der neuen Landesregierung endgültig klar, wie massiv SPD, Grüne und SSW unser Schulwesen verbiegen wollen. Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Torsten Albig war offenkundig nicht mehr als ein hohles Lippenbekenntnis. Nach dem Mitte September erfolgten, längst überfälligen Rücktritt von Ex-Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud „Wara“ Wende besteht theoretisch die Möglichkeit, die schlimmsten Reform-Ungeheuerlichkeiten wieder gerade zu biegen. Doch darauf sollte man auch in Schleswig-Holstein nicht wetten, denn die „Neue“, Britta Ernst aus Hamburg, hat schon nach den ersten Minuten im Amt verkündet: Es bleibt beim „Erfolgskurs“ der Koalition. Denn SPD, Grüne und SSW haben immer erklärt, dass die Bildungsministerin lediglich die Politik der Koalition umsetzt. Deshalb ist

die ideologie-verbehrte Bildungspolitik wider jede Vernunft das Grundübel. Der Rücktritt Prof. Dr. Wende's allein löst nicht das Problem. Albig hatte in seiner Regierungserklärung einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten angekündigt. Das Ziel: endlich Reformruhe und „Schulfrieden“. Nach den Änderungen am Schulgesetz und der Lehrerbildung fühlen sich fast alle Dialogpartner hintergangen. Statt „Schulfrieden“ ist das Ergebnis eine tiefgehende Vertrauenskrise bei Lehrern, Schülern und Eltern. Außerdem herrscht Chaos an den Schulen. Ex-Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende durfte sich unter dem Albig-Schutzschirm regelrecht austoben. SPD, Grüne und SSW legen mit ihrem Schulgesetz die Axt an die Gymnasien und kleinen Schulstandorte. Die CDU-Fraktion hat mit zahlreichen Anträgen versucht, die größten Beschädigungen der Bildungspolitik zu verhindern oder zumindest abzumildern. Doch alle Versuche, den Lehrerinnen und Lehrern zu ermöglichen, sich wieder auf ihre Aufgaben zu konzentrieren, wurden als Populismus abgetan. Die Landesregierung wolle auch starke Gymnasien und stehe bei den Grundschulen selbstverständlich zum Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“.

Wer die Details der Schulreform betrachtet, entlarvt Treueschwüre der Koalition für diese Schularten jedoch als leere Versprechen.

Die Regionalschule wird abgeschafft, die Gleichmacherei in der Bildung hält über die Gymnasien



Foto: contrastwerkstatt/Fotolia.com

mit Gemeinschaftsschuleil oder die reine Gemeinschaftsschule ihren Einzug. Künftig gibt es keine Schulartempfehlung mehr. Wenn es nach SPD, Grünen und SSW geht, soll es an Grundschulen und teilweise sogar bis zur 8. Klasse keine Noten mehr geben. Jedes Kind kann auf das Gymnasium geschickt werden. Die Gymnasien wiederum dürfen Kinder, deren Leistungen nicht ausreichen, nur in absolut „begründeten Ausnahmefällen“ an eine Gemeinschaftsschule versetzen. Auch Klassenwiederholungen werden zum Fremdwort. Das zusätzliche Personal zur besonderen Förderung lernschwacher Schüler wie an Gemeinschaftsschulen bleibt Gymnasien jedoch verwehrt. Dabei müssen sie die Kinder in aller Regel bereits nach zwölf Jahren zum Abitur führen. Selbst bei den Lehrern an Grund- und Gemeinschaftsschulen macht die Landesregierung nicht halt. Die neue Aufgabe heißt: Kinder unterschiedlichen Leistungsstands mehr als bisher gemeinsam unterrichten. Auch dafür gibt es natürlich keine zusätzlichen Lehrerstellen. Dabei reichten bereits im vergangenen Schuljahr die Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer nicht aus, um wie vorgeschrieben Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Aufgrund des enormen öffentlichen Drucks haben SPD, Grüne und SSW in der letzten Landtags-sitzung vor der Sommerpause beschlossen, 228 Lehrerstellen weniger zu streichen. Diese reichen allerdings noch nicht einmal aus, um den durch SPD, Grüne und SSW beschlossenen zusätzlichen Bedarf zu decken. Wirklich mehr Lehrer gibt es nur für Gemeinschaftsschulen mit eigener Oberstufe.

Diese neuen Kleinst-Oberstufen mit zum Teil deutlich weniger als 50 Schülern wurden neu geschaffen, obwohl an den bestehenden Oberstufen an Gymnasien genug Plätze zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite werden kleine Grundschulen mit weniger als 44 Schülern rigoros geschlossen, weil dort angeblich kein pädagogisch sinnvoller Unterricht möglich ist. Mehr und mehr werden die ideologischen Gründe für das Aus kleiner Schulstandorte und den wachsenden Unterrichtsausfall an Grund-, Förder- und Gemeinschaftsschulen und vor allem an Gymnasien durch „geplanten“ Lehrermangel deutlich: SPD, Grüne und SSW wollen um jeden Preis den Erfolg für die Gemeinschaftsschule mit eigener Oberstufe. Genau vor dieser Entwicklung hatte die CDU immer wieder gewarnt und mit sinnvollen Anträgen gegen zu steuern versucht. SPD, Grüne und SSW lehnten ohne Rücksicht auf Schülerinnen und Schüler ab.

Der Katalog der Grausamkeiten gegen die Gymnasien geht aber weiter.

So ist in der Lehrerbildung künftig der Gymnasiallehrer nicht mehr vorgesehen. SPD, Grüne und SSW setzen auf eine vereinheitlichte Ausbildung für Lehrer der fünften bis 13. Klasse, ohne Unterschied, ob an Gemeinschaftsschulen oder Gymnasien unterrichtet wird. Ebenso spielt keine Rolle mehr, ob Lehrkräfte überhaupt nur bis zur Klasse 10 – also an einer Gemeinschaftsschule ohne

Oberstufe – unterrichten wollen. Die Ausbildung wird für alle gleichgeschaltet. Dieses ideologische Konzept einer Ausbildung zum Einheitslehrer ebnet den Weg zur Einheitsschule.

Die CDU-Fraktion bekennt sich unverändert zum zweigliedrigen weiterführenden Schulsystem von Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Für diese unterschiedlichen Schularten mit ihren unterschiedlichen Inhalten werden auch unterschiedlich ausgebildete Lehrkräfte benötigt. Die CDU-Fraktion setzt auch weiter auf Leistung: Zeugnisnoten gehören in Kombination mit Lernentwicklungsberichten ebenso dazu wie Versäumtes durch Wiederholung einer Klasse nachzuholen oder auf eine der Leistung entsprechende, geeignetere Schulart zu wechseln.

Auch zweieinhalb Jahre nach ihrer Regierungsübernahme hat die Landesregierung noch kein schlüssiges Konzept, wie sie die auf internationalen Verträgen beruhende „Inklusion“ – den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen – konkret umsetzen will. Ende August legte die damalige Ex-Bildungsministerin Prof. Dr. Wende statt eines lange angekündigten Konzeptes ein zweiseitiges Papier mit vagen Aussagen vor. Sie hat keine Aussage zum dringenden Problem der Finanzierung der Schulbegleitung getroffen. Auch die Frage der unbedingt notwendigen Stellen für Sonderpädagogen bleibt ungeklärt. Für das laufende Schuljahr gibt es nicht eine einzige Antwort. Klar ist allerdings, dass SPD, Grüne und SSW die Schließung der Förderzentren weiter vorantreiben. Beratungen über von der CDU-Fraktion erarbeitete Überlegungen lehnten die Regierungsfractionen ab.

So, Herr Albig, behandelt man sein Lieblingsland nicht!



Katja Rathje-Hoffmann,
sozialpolitische Sprecherin
der CDU-Landtagsfraktion



Heike Franzen,
bildungspolitische
Sprecherin der CDU-
Landtagsfraktion

SCHLESWIG-HOLSTEINS FINANZIELLE STIEFKINDER: HOCHSCHULEN UND POLIZEI WERDEN ALLEIN GELASSEN

Das Land lässt die Hochschulen im Regen stehen. Nach der Ausbildung an den Schulen vernachlässigt die Landesregierung jetzt auch den akademischen und wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Chancen für die Zukunft werden leichtfertig verspielt.

Lag Schleswig-Holstein schon bisher bei der Vergabe von Mitteln für Hochschulen auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer, hat sich die Situation jetzt noch einmal verschärft. SPD, Grüne und SSW haben beschlossen, die durch die Übernahme der Bafög-Kosten durch den Bund frei werdenden 36 Millionen Euro nicht wie ursprünglich geplant den Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Dadurch verschlechtert sich die Situation unserer Hochschulen im nationalen Wettbewerb weiter. Für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein ist das ein schwerer Schlag. Ein Antrag der CDU-Fraktion, zumindest die Hälfte des Geldes an die Hochschulen zu geben, wurde von SPD, Grünen und SSW abgelehnt.

„Streichkonzert“ Innere Sicherheit

Innere Sicherheit ist bei SPD, Grünen und SSW kein Thema. War das Korsett schon in der Vergangenheit zwar ausreichend aber realistisch gesehen eng geschnürt, werden von SPD, Grünen und SSW insgesamt 282 Stellen bei der Polizei gekürzt.

Bis zu 22 Polizeidienststellen in ländlichen Regionen wollen SPD, Grüne und SSW schließen. Vier davon allein im Kreis Plön. Dabei ist gerade hier die Anzahl der Wohnungseinbrüche in den letzten zehn Jahren um über 200 Prozent gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Aufklärungsquote mehr als halbiert. Ein Trend, der sich so fast auf das ganze Land ausdehnen lässt. Anträge der CDU-Fraktion, auf die Streichung der Stellen zu verzichten, wurden von SPD, Grünen und SSW abgelehnt. Die Folge: Immer

weniger Polizisten sind in der Lage, als „Freund und Helfer“ auf der Straße präsent zu sein und für Sicherheit zu sorgen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein werden mit ihren Sorgen und Ängsten allein gelassen. Wer einmal ungebetenen Besuch in seiner Wohnung oder seinem Haus hatte, weiß um dieses ständig vorhandene Gefühl der Unsicherheit.

Neben den dauerhaften psychischen Folgen bei den betroffenen Menschen ist in den letzten Jahren auch millionenfacher materieller Schaden entstanden.

Die Bagatellisierung dieser Kriminalität setzt sich auch bei der Bekämpfung des Extremismus fort. Der deutschlandweit grassierende und auch in Schleswig-Holstein zunehmende militante Islamismus wird von Rot/Grün/Blau einfach ignoriert. Mahnungen des Verfassungsschutzes in diese Richtung werden nicht nur heruntergespielt, sondern gar durch Abgeordnete der Regierungskoalition kritisiert. Ein Antrag der CDU-Fraktion, bestehende Programme gegen Rechtsextremismus durch Präventionen gegen militanten Islamismus zu ergänzen, wird von SPD, Grünen und SSW bislang nicht unterstützt.

So, Herr Albig, behandelt man sein Lieblingsland nicht!



Astrid Damerow, polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion



DEMOKRATIE GEHT ANDERS: GESETZGEBUNG MIT DER BRECHSTANGE

Seit dem Regierungsantritt 2012 wird bei Rot/Grün/Blau viel von Offenheit geredet. Von Transparenz und Demokratie für alle. Ohne Ausnahmen. Doch gut zweieinhalb Jahre Regierung Albig beweisen ein anderes Bild der Realität.

Albig wirbt mit seinem Dialogstil. Mittlerweile ist klar: Einen offenen Dialog gibt es nur, solange SPD, Grüne und SSW kein festes Ziel im Blick haben. Ansonsten werden Gesetze mit der Brechstange gemacht.

Das Vorgehen ist immer gleich: Egal wie viele gute Gründe gegen ein Vorhaben sprechen – die Koalitionspartner behaupten geschlossen, es gebe keine Sachargumente. Von Demonstranten gegen das Lehrkräftebildungsgesetz behauptet Ministerpräsident Torsten Albig persönlich, sie hätten das Gesetz noch nicht einmal gelesen. Dabei hatten diese sogar eine elfseitige sachlich begründete Stellungnahme an den Landtag geschickt. Albig attestiert ihnen nicht nur Unkenntnis, sondern beschimpft sie darüber hinaus öffentlich bei der Demonstration als „dumm, töricht und respektlos.“



Petra Nicolaisen, innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

Wenn es im Parlament um die Schwerpunktsetzung seiner Politik geht, schweigt der Ministerpräsident lieber. So wies die Opposition anhand der Haushaltsdaten Albigs Behauptung zurück, Bildung sei der eindeutige Schwerpunkt dieser



Gegeneinander statt miteinander: Torsten Albigs Politikstil überzeugt nicht mit Dialogbereitschaft

Landesregierung. Der Ministerpräsident unterschrieb lieber Grußkarten, als seine Politik zu erklären.

Wenn es darum geht, ihre Gesetzentwürfe durchzubringen, missachtet die Koalition auch vorgeschriebene Anhörungsverfahren, so beispielsweise beim Mindestlohngesetz. Kritische und begründete Stellungnahmen von Fachleuten der Landes-

regierung zu eigenen Gesetzgebungsverfahren werden komplett ignoriert, wie beispielsweise beim Tariftreue- und Vergabegesetz. SPD, Grüne und SSW ändern mit ihrer Einstimmigkeit Gesetze einzig und allein zu dem Zweck, Personal „mit dem richtigen Parteibuch“ durchzusetzen. Das gilt für den Datenschutzbeauftragten (Grüne) und für die Verhinderung eines FDP-Mitglieds als

Leiter der Landeszentrale für politische Bildung. Doch es geht weiter: Obwohl von Beginn an schwerste europarechtliche Zweifel daran bestanden, ist Schleswig-Holstein wieder dem Glücksspielstaatsvertrag der 16 Bundesländer beigetreten. Das rechtlich unzweifelhafte und insbesondere mit Blick auf die Bekämpfung von Geldwäsche im Internet und den Spielerschutz international gelobte Gesetz der Vorgängerregierung wurde aufgehoben. Dem Land geht dadurch nicht nur die Kontrolle, sondern auch die Einnahme aus Lizenzen verloren. Mittlerweile räumen Vertreter der Bundesländer mehr oder weniger offen das Scheitern des Glücksspielstaatsvertrages ein.

Schließlich: Die von der CDU-geführten Vorgängerregierung geschaffene Regelung, zur Stärkung des Eigenkapitals Schleswig-Holsteinischer Sparkassen eine Minderheitenbeteiligung der Hamburger Sparkasse zu ermöglichen, wurde im Eilverfahren aufgehoben. Eine Alternative zur Kapitalbeschaffung gibt es bis heute nicht.

Das ist de facto das Aus für die Mittelstandsförderung. Der größte Kreditgeber des Mittelstandes im Land wird nachhaltig geschwächt.

So, Herr Albig, behandelt man sein Lieblingsland nicht!



Dr. Axel Bernstein, medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag und CDU-Landesverband Schleswig-Holstein
 V.i.S.d.P.: Hans-Jörn Arp, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
 Redaktion: Heike Greve, Dirk Hundertmark, Hans-Ulrich Frank
 Düsterbrookweg 70, 24105 Kiel
 Telefon: 0431-988-1400
 Internet: www.cdu.ltsh.de
 Facebook: CDU-Fraktion-Schleswig-Holstein

Herstellung: Kieler Magazin Verlag GmbH, Rathausplatz 1-2, 24103 Kiel
 Geschäftsführung: Regine Marxen
 Grafik: Karsten Schmidt (Ltg.), Knud Demantowsky
 Fotos: Fotolia, shutterstock
 Druck: Kieler Zeitung GmbH & Co Offsetdruck KG, Radewisch 2, 24145 Kiel
 Auflage: 100.000

Weiter auf dem Laufendem bleiben: Abonnieren Sie unseren wöchentlichen Newsletter über info@cdu.ltsh.de

